

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1924

268 (5.7.1924) Abendausgabe

Karlsruher Tagblatt

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift „Die Pyramide“

Bezugpreis: halbmöndlich 1,30 Goldmark frei Haus. In unserer Geschäftsstelle oder in unseren Agenturen abgeholt 1,20 Goldmark. Einzelverkaufspreis: Werktag 10 Goldpfennig, Sonntag 15 Goldpfennig. Durch die Post bezogen monatlich 2,60 Goldmark ausschließlich Zustellgeld. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezugsnehmer keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung. Abbestellungen werden nur bis 25. auf den folgenden Monatsheften angenommen.

Chefredakt. H. v. Laer. Verantwortl. f. Politik: Fritz Ehrhard; für den Nachrichtenstell: Hans Boff; für Wirtschaft, Stadt, Baden: Heinz Gerhardt; für Feuilleton: H. Weid; für „Pyramide“: Karl Zohro; für Inserate: H. Schrieber, sämtl. in Karlsruhe. Druck u. Verlag G. F. Müller, Karlsruhe, Ritterstr. 1. Berliner Redaktion: Dr. Rich. Zügler, Berlin-Lantow, Mozartstr. 37, Telefon: Zentrum 423. Für unerlangte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Sprechstunde der Redaktion: 11-12 Uhr.

Unterhaltungsbeilage / Der Lesekreis / Literaturbeilage / Technik / Für die Frauen / Wandern u. Reisen / Turn- u. Sportzeitung / Ratgeber für Landwirtschaft u. Tierzucht

Trofski hebt zum Bürgerkrieg.

Ein Schreiben an die deutschen Kommunisten.

t. Halle, 5. Juli. Die „Halle'sche Zeitung“ erhält von ihrer Berliner Schriftleitung die Abschrift eines Schreibens Trofskis, das mit der Schreibmaschine vervielfältigt, in deutschen kommunistischen Kreisen kursiert, an die Zentralkommission der kommunistischen Partei Deutschlands gerichtet ist, und das von der „Halle'schen Zeitung“ im Wortlaut veröffentlicht wird. Es heißt dort u. a.:

An die Zentralkommission der K.P.D. Genossen!

Der Charakter der Uebergangsepoche zur Weltrevolution macht es der deutschen kommunistischen Partei zur Pflicht, ihre Kampfbereitschaft auf das Höchste zu steigern. Jeder Einzelkampf muß ausmünden in den Kampf um die Macht. Die Kampfbereitschaft der Partei kann nur dann ausgebildet werden, wenn die Partei ihrer gesamten Agitation den Charakter des leidenschaftlichen Angriffs auf die kapitalistische Gesellschaft verleiht, wenn sie versucht, in dieser Agitation sich mit den breitesten Massen des Volkes zu verbinden, so zu ihnen zu sprechen, daß sie die Ueberzeugung gewinnen können, unter der Führung einer wirklich um die Macht ringenden Vorhut zu stehen, genügt der Druck ihrer kommunistischen Partei in den Gewerkschaften und in der Presse nicht, um das Proletariat in einheitlicher Front in den Kampf hineinzuführen, so ist es die Pflicht der kommunistischen Partei, zu versuchen, selbständig große Teile der Arbeitermassen in den Kampf zu führen. Die kommunistische Partei hat sich jedoch nicht nur auf die Abwehr der dem Proletariat drohenden Gefahren und die Abwehr der auf die Arbeitermassen niederzuschlagenden Schläge zu beschränken, sondern sie ist verpflichtet, jeden Abwehrkampf zu einem Angriff auf die kapitalistische Gesellschaft zu gestalten. Ob die kommunistische Partei defensiv oder offensiv kämpft, das hängt von den konkreten Umständen ab. Das Wichtigste ist, daß wir von dem Geist der Kampfbereitschaft erfüllt sind. Es lebe die Weltrevolution.

Mit kommunistischem Gruß (gez.) Trofski.

Die Parteiführer bei Stresemann.

t. Berlin, 5. Juli. Der Außenminister Dr. Stresemann ist gestern nach Frankfurt a. M. abgefahren, wo heute der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei und morgen der Zentralvorstand tagen wird. Vor seiner Abreise empfing der Außenminister gestern nachmittag die Führer der Deutschen Nationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei, des Zentrums, der Bayerischen Volkspartei, der Demokraten und der Sozialdemokraten zu einer Besprechung über die außenpolitische Lage. Bei dieser Besprechung kam zum Ausdruck, daß eine Beratung des Reichstages über die Geleise zum Sachverständigenaußenrat nicht mehr vor der Londoner Konferenz vorgenommen werden könne, da die Organisationsausschüsse mit ihren Arbeiten nicht rechtzeitig fertig werden. Der Minister machte weiter Mitteilung über den Verlauf der Verhandlungen, sowie die wirtschaftspolitischen Voraussetzungen, die auf allerter Seite zur Durchführung des Gutachtens in Betracht kommen, sowie über die Einleitung von Verhandlungen mit Frankreich und Belgien über die Räumung des Ruhrgebietes. Im ganzen diente die Besprechung nur einer allgemeinen Unterzeichnung der Parteiführer über die augenblickliche Lage.

Berlin, 5. Juli. Nach einer Meldung des „Vorwärts“ nimmt man in parlamentarischen Kreisen an, daß die Verabschiedung der Ausführungsgeetze zum Sachverständigenrat in den gemischten Kommissionen doch noch längere Zeit in Anspruch nehmen wird. Man rechnet mit dem Zusammentritt des Reichstages etwa am 28. d. Mts., so daß bis etwa Mitte August die Entscheidung gefallen sein dürfte.

Herriot vor den Kommissionen.

t. Paris, 5. Juli. Herriot wurde gestern in Begleitung des Finanzministers von den Kommissionen der Finanzen und für auswärtige Angelegenheiten gehört. Er hat sich laut einem offiziellen Communiqué noch einmal über die Besprechungen in Chequers geäußert und ferner Angaben über die Vorbereitungen zur Londoner Konferenz am 16. Juli gemacht. Herriot stellt fest, daß der in der englischen Einladung enthaltene Protokollentwurf der Konferenz lediglich den persönlichen Standpunkt der britischen Regierung widerpiegelt. Die Präsidenten der beiden Kommissionen Auroel und Franklin Bouillon erklärten sich von den Erklärungen Herriots befriedigt. Von zuverlässiger Seite erzählt man, daß die Aussprache sich sehr erregt gestaltete und man Herriot namentlich einen Vorwurf daraus macht, daß er von dem britischen Protokollentwurf, der nach seinem eigenen Eingehändnis am 25. Juni ausgearbeitet wurde, gewußt hätte, ohne dagegen zu protestieren. In den schärfsten Kritiken gegen Herriot erging sich besonders der Abgeordnete Ferry. Aus zuverlässiger Quelle verlautet, daß auf Grund der erregten Debatte verabredet wurde, daß Auroel, der Präsident der Finanzkommission, Herriot als Sachverständiger nach London zur Teilnahme an der Konferenz am 16. Juli begleiten werde.

Ueber den Verlauf der gestrigen Erklärungen Herriots vor der Kommission der Finanzen und auswärtigen Angelegenheiten machen die heutigen Morgenblätter ausführliche Angaben. Herriot soll dem „Echo de Paris“ zufolge erklärt haben, er hätte erst vorgestern abend von dem Vorhandensein des englischen Memorandums erfahren, als der Abgeordnete Ferry die nachstehenden drei Fragen an ihn richtete:

Erste Frage: Ist im Verlaufe der Aussprache in Chequers ein Meinungsaustrausch über die Absichten der englischen Regierung betreffend die in dem Memorandum behandelten Fragen erfolgt? — Herriot antwortete darauf verneinend.

Zweite Frage: Standen Sie seit den Londoner Besprechungen direktem Briefwechsel mit Ramsay Mac Donald hinsichtlich des Memorandums? — Herriot antwortete ebenfalls verneinend.

Dritte Frage: Hat einer Ihrer hauptsächlichsten Mitarbeiter am Quai d'Orsay hinsichtlich des Memorandums nicht einen Meinungsaustrausch mit dem hauptsächlichsten Mitarbeiter Ramsay Mac Donalds unterhalten? — Herriot antwortete mit Ja.

Weiter mußte dann Herriot, wie schon gemeldet, angeben, daß dieser Meinungsaustrausch zwischen Perelli della Rocca und Sir Grewe am 4. Juni erfolgt war. Herriot fuhr, nachdem sich das Erkennen der Anwesenden gelegt hatte, fort und sagte, er habe vorgestern abend

eine Protestnote an den englischen Ministerpräsidenten

in der Frage des Memorandums gerichtet und die Bitte hinzugefügt, die Tragweite desselben genau angeben zu wollen. Für den Fall, daß eine Antwort aus London nicht innerhalb 48 Stunden eintreffen sollte, würde er, Herriot, seine Vertretungen selbst vornehmen. Kaum hatte Herriot diese Worte gesagt, als ein Beamter des Quai d'Orsay vorgelassen wurde, u. ihm einen persönlichen Brief des Pariser englischen Botschafters Sir Grewe überreichte.

Dieser Brief, der in Englisch abgefaßt war, wurde von dem französischen Ministerpräsidenten an den Präsidenten der Kommission für die auswärtigen Angelegenheiten, Franklin Bouillon, weitergegeben, der ihn sofort ins Französische überetzte. Der Brief gab dem Betreffenden Ausdruck, daß man in London empfinden habe angesichts der Ereignisse, die sich der französischen Presse und der öffentlichen Meinung in Frankreich aus Anlaß der englischen Note bemächtigt habe. Der Botschafter fuhr weiter aus,

daß das an die verbündeten Mächte gerichtete Memorandum nur die Auffassung der britischen Regierung widerpiegeln.

Die Lektüre des Briefes wurde von der Kommission mit unmerkbarer Genußnahme aufgenommen und das Unbehagen, das auf der Versammlung lastete, wurde, wie der „Matin“ feststellt, behoben.

Die Mitglieder der Kommission richteten dann an Herriot eine Reihe von Fragen. U. a. wünschte Klob zu erfahren, ob der Versailleser Vertrag einer Erneuerung ausgesetzt werden sollte, und ob sich der Ministerpräsident dazu hergeben werde? „Im Prinzip nein“, habe Herriot geantwortet, doch sei es möglich, daß uns die Umstände aewille Konzeption

nen auferlegen. — Dann kam es zu einer Interpellation, bei der zunächst Briand, der frühere Ministerpräsident, Herriot fragte, ob es ihm nicht möglich sei, die während der Konferenz von Cannes eröffneten Besprechungen wieder aufzunehmen? Um den Abschluß eines Garantiepaktes mit England zustande zu bringen? — Herriot antwortete darauf,

daß Frankreich in dieser Krise die öffentliche Meinung Großbritanniens und des Parlaments gegen sich habe.

Beide stünden einem militärischen Pakte feindselig gegenüber. Doch könne man hoffen, daß Frankreich von Großbritannien für den Fall eines deutschen Angriffs Garantien erhalten werde. Seinerseits machte Frank Bouillon die Feststellung, daß die Fänder und die sowohl zur Sicherung Frankreichs wie auch zur Ausführung der deutschen Verpflichtungen notwendigen Garantien aufrechterhalten blieben.

Am Ausgange der Sitzung erwiderte Herriot dem „Echo de Paris“ zufolge auf eine Frage Briands betreffend die Reparationskommission: Mein Eindruck geht dahin, daß es vielleicht schwer fallen wird, diese Kommission am dem Tage in der vollen Ausübung ihrer Funktionen beizubehalten, an dem der Sachverständigenplan und gleichzeitig das Verfahren zur Ermittlung der eventuellen Verletzungen Deutschlands in Kraft sein werden.

Die Gegner Herriots an der Arbeit.

w. London, 5. Juli. Die Blätter nehmen eingehend zu der in Paris durch das Alliierten überlandte Memorandum Mac Donalds über die bevorstehende Londoner Konferenz erzeugten Lage Stellung.

Der Pariser Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, die Gegner Herriots täten ihr Bestes, um die durch die Veröffentlichung der angeblichen Absichten der britischen Regierung bezüglich der Londoner Konferenz geschaffene höchst verwirrende und heikle Lage zu ihrem eigenen politischen Vorteil zu wenden. Es müsse anerkannt werden, daß die Opposition entschlossen sei, seine Gelegenheit vorbeizugehen zu lassen, um Herriot in Mißkredit zu bringen und seinen Sturz herbeizuführen. Nichts würde wahrscheinlich schädlicher für Herriots Stellung sein als irgend etwas, was als diplomatischer Erfolg seitens Englands ausgesetzt werden könne. Der Vorschlag, die Reparationskommission auf ein Nebengleis zu schieben, überzeuge französische politische Kreise, daß es die britische Absicht sei, den Dawes-Bericht zu benutzen, um eine Revision des Friedensvertrages zustande zu bringen.

t. Paris, 5. Juli. Eine Sensation ist ein Artikel der „Ere Nouvelle“. Das Blatt behauptet, daß gewisse Persönlichkeiten am Quai d'Orsay einen Feldzug gegen Herriot unternommen hätten und versucht hätten, einer großen offiziellen Agentur tendenziöse und zum Teil entstellende Nachrichten zur Verbreitung mitzuteilen. Das Blatt behauptet ferner, daß diese Beamten des Quai d'Orsay aus Freundschaft für Poincaré und Millerand den Sturz der gegenwärtigen Regierung mit allen Mitteln herbeizuführen versuchten.

Um die Einladung an Deutschland.

Herriot protestiert.

t. London, 5. Juli. Der französische Ministerpräsident hat gestern durch den französischen Botschafter in London bei Mac Donald gegen den Text der vorgelegten Einladung an Deutschland Protest einlegen lassen. Er erklärt, daß diese Einladung gegen die Abmachungen von Chequers verstoße. Besonders hebt Herriot hervor, er könne keinem Schritt beistimmen, der in Deutschland den Eindruck erwecken könnte, daß Frankreich das Recht aufgibt, im Falle neuer Verletzungen Deutschlands sofort drastische Schritte zu unternehmen. Herriot weigert sich ferner, eine Einschränkung der Vollmachten der Repvo zuzustimmen.

Pariser Ministerrat.

w. Paris, 4. Juli. Heute vormittag hat unter dem Vorsitz von Präsident Doumergue ein Ministererrat stattgefunden, in dem, wie das offizielle Communiqué besagt, „lange über die auf der Londoner Konferenz bezüglichen Fragen verhandelt wurde“. Die Sitzung dauerte von 9 1/2 bis 12 1/4. In der nächsten Sitzung des Ministerrats soll die erste Veränderung in der Besetzung der Präsidienposten unterzeichnet werden.

Rückkehr der Wiesbadener Regierung.

6. Frankfurt, 4. Juli. (Eig. Drahtber.) Die Wiesbadener Regierung ist heute wieder nach Wiesbaden übergeleitet, nachdem sie seit dem Aufbruch in Frankfurt untergebracht war.

Der Dawes-Bericht und die amerikanische Mitverantwortung.

(Von unserem New Yorker Korrespondenten.)

B. J. Es versteht sich von selbst, daß der Bericht der Dawes-Kommission in den Vereinigten Staaten eine starke Anteilnahme gefunden hat, bezeichnenderweise am meisten deshalb, weil nach der Auffassung des Durchschnittsamerikaners die Kommission und ihre Arbeit etwas wesentlich Amerikanisches darstellen — obwohl doch der Bericht die Frucht der Zusammenarbeit aller Beteiligten bildet — und so fachte ihn sogar der größte Teil der Presse auf. Nehmen wir sie beim Wort, so wäre damit der amerikanische Anteil wirklich als Beitrag, als erster größerer Beitrag der Union zur Lösung des europäischen Problems nach Versailles bezeichnet. Ob man dabei sich bewußt war, welche Mitverantwortung das insolvierte und welche Verantwortung die Vereinigten Staaten zu tragen haben werden, das ist eine andere Frage. Nach den Neußerungen der Presse zu urteilen, ist das nicht sehr der Fall.

Die allgemeinere und populäre Auffassung ist die, daß in diesem Bericht eine Reihe von Amerikanern zu einem wohlüberlegten Urteil über Deutschlands Fähigkeit, Reparationen zu leisten, gelangt sind und einen Weg ausgemacht haben, wie das geschehen kann. Dieses Urteil und diese Empfehlungen amerikanischer Businessmen, meint man, sind nicht anzuzweifeln; sollte Deutschland zu ihrer Durchführung nicht mitwirken wollen, so wäre das ganz einfach ein Beweis seines schlechten Willens und jener Unfähigkeit, die ihm Frankreich seit dem Friedensschluß nachgesagt hat. Das Empfinden geht, kurz gesagt, dahin, daß hier endlich eine Möglichkeit zum Wiederaufbau Europas gegeben ist, die zu akzeptieren Deutschland verpflichtet sei. Tut sie das nicht, so bleibt keine weitere Chance und Deutschland muß die Folgen tragen.

Die — auch so sehr landesüblichen! — Kommentare führender Bankiers, Industrieller und Geschäftsleute kommen außer, daß sie dies Allgemeinempfinden teilen, zu einer ganz speziellen Beziehung des Berichts. Für sie vertritt er die längst als notwendig erachtete business-like Lösung des Reparationsproblems, die auf gesundem wirtschaftlichen Denken und einem guten Geschäftssinn beruht und deswegen stabile Verhältnisse schafft und einen günstigen Einfluß auf die amerikanische Wirtschaft üben werde. Für sie ist der Plan wesentlich ein Plan der Bankiers, der von Männern mit Verbindungen zur Bank- und Geschäftswelt ausgemacht worden ist und ein internationales Anleihe- und Bananarrangement darstellt, an welchem die amerikanische Industrie und Finanz mit fast allen Zweigen unmittelbar interessiert ist. Es besteht daher keine Reizung, die Empfehlungen in irgend einer Weise anzuzweifeln, als höchstens hinsichtlich einzelner technischer Details.

Dieser Gruppe der amerikanischen Meinung, die noch an einen Beitritt zum Völkerbund denken, billigen im allgemeinen den Bericht als Schritt in Richtung einer internationalen Organisation, besonders auch, weil dabei die Dienste des Völkerbunds in Betracht gezogen werden, und weil er überhaupt die ständige Teilnahme Amerikas an den europäischen Angelegenheiten und Beratungen stabilisiert und offen anerkennt. Diese Reaktionen hatten sich bereits befunden, als zum erstenmal von der Ernennung eines amerikanischen Bankmannes zum Finanzadministrator für Ungarn in Verbindung mit dem Völkerbund die Rede war, welchen Gedanken in mancher Beziehung der Dawes-Bericht wiederholt, insofern der Fall Ungarn (und dieser schon mehr wie der frühere Fall Österreich) die Vereinigten Staaten direkt für die Verwaltung des Schuldnerlandes und nicht bloß für die Aufbringung einer Anleihe benutzte.

Es besteht so gut wie gar keine Klarheit in Amerika — mit Ausnahme vielleicht einer diskreditierten Minderheit von „Radikalen“ — darüber, daß der Dawes-Bericht in vieler Beziehung einen neuen Anfang in den internationalen Beziehungen darstellt, dessen Folgen noch nicht zu übersehen sind. Der Gedanke der Ausübung einer administrativen Kontrolle in einem anderen Lande wegen der dortigen Inflation großer Kapitalien ist eben schon eine ganz vertraute Erscheinung im modernen Wirtschaftsleben und in den internationalen Beziehungen von heute geworden. Dabei scheinen sich die Amerikaner nicht bewußt zu werden, daß die Erfindung dieses Gedankens auf einen der großen europäischen Staaten mit Hilfe eines ausgebeuteten Apparats, bei dem die Vereinigten Staaten eine wichtige Rolle spielen, einen ganz neuen Zug in das Bild der Völkergemeinschaft von heute bringt, der unvermeidlicherweise neue Verantwortlichkeiten für alle Beteiligten heraufbeschwört.

Auf die einfachste Formel zurückgeführt, aufgelegt der Dawes-Plan Deutschland eine fast ins Unendliche ausdehnbare Hypothek für eine Reparationsschuld, an welcher Amerika keinen Anteil hat; diese Hypothek aber erscheint in Gestalt einer internationalen Anleihe, bei deren Aufbringung Amerika die größte Rolle spielen wird. Die Hypothek rangiert vor der gesamten inneren deutschen Schuld, soweit diese noch besteht; faktisch nämlich wird diese durch den Plan der alliierten Mächte genau so aufgehoben, wie die Sowjet-Regierung unter Protest derselben alliierten Mächte, die innere Schuld Russlands gestrichen hat. Weiter wird, um diese Hypothek sicherzustellen und zu verwalten, ein internationaler Apparat der Kontrolle über die deutschen Finanzen und die Eisenbahnen aufgerichtet; kraft der Deutschland zu gewährenden internationalen Anleihe, die in der Hauptsache von amerikanischen Banken kommen muß, indirekt aber auch wegen der von diesen neuerlich Frankreich gewährten Anleihe, müssen die Vereinigten Staaten in diesem Apparat notwendig eine übertragende und ausschlaggebende Position einnehmen. Der Plan sieht endlich die Festlegung eines Index der deutschen Wirtschaftsbilanz vor, nach welchem die Reparationsleistungen bemessen werden sollen; auch bei der Festlegung dieses Index und der Ueberwachung der Devisenkurse hat Amerika wiederum eine führende Rolle zu spielen.

Auf diese Weise werden nach allen wesentlichen Vorkehrungen des Dawes-Plans die Vereinigten Staaten — oder genauer genommen: gewisse amerikanische Banken unermittelbarerweise in die Position der führenden Kreditoren und Verwalter des Nationalbesitzes eines 60 Millionen-Volkes hineintrücken. Damit laden sie sich gleichzeitig eine fürchterliche Verantwortung auf, die nicht nur auf den Schutz oder die Unterstützung der Interessen und Ansprüche der alliierten Mächte sich erstreckt, sondern auch das Wohlergehen, das Glück, ja selbst das Leben von 60 Millionen Menschen mehr oder weniger in ihre Hände legt. Das geringste Versäumnis in der gleichmäßigen Behandlung anderer Gläubiger Deutschlands kann zu interalliierten Differenzen führen, die weit über das hinausgehen, was je an Differenzen zwischen den Vereinigten Staaten und europäischen Nationen bestanden hat. Jener Index der deutschen Wirtschaft und die verwickeltesten finanziellen und börsenmäßigen Beziehungen, auf welchen dieser Index beruht, sind mehr als nur eine Zahl; bei den gegenwärtigen europäischen Wirtschaftsverhältnissen bedeutet das Menschenleben.

Gelangt die Wohlfahrt eines ganzen Volkes in einer einzigen Zahl zum Ausdruck, so kann die Ungenauigkeit einer einzigen Dezimalstelle das Todesurteil für hunderttausend Menschenleben bedeuten.

Der ernste Charakter der Verantwortlichkeit, der dem Dawes-Plan innewohnt, bedeutet an sich keinen Einwand. Bei einer Frage von solcher Bewidlichkeit, bei der so sehr einander widerstrebende und tief verwurzelte Interessen und Gefühle mitsprechen, ist es natürlich unmöglich, alles in Betracht zu ziehen und den menschlichen Erwägungen in erster Linie Rechnung zu tragen. Kann sein, der Dawes-Plan ist der einzig mögliche, der einzig praktische; kann sein, er bewahrt endgültig vor Verzweiflung und Chaos. Kein einzelner vermag in solch einer Lage ein abschließendes Urteil zu fällen. Das bedeutet aber noch nicht, daß die menschlichen Seiten der Frage übersehen werden dürfen oder ungekräftet übersehen werden können; soll ein Plan dieser Art gelingen, so müssen sie mit in Betracht gezogen werden. Andernfalls wird der Plan die Grundlage zu einer internationalen Gewalt-herrschaft, wie die Zeit sie nie gesehen hat, und die nur in eine verzweifelte Revolte und weiteres Blutvergießen ausmünden könnte. Auf jeden Fall liegt die Verantwortung dafür, ob der Plan im Sinne des Friedens und der Men-

schenheit gehandhabt wird, oder ob Amerika schließlich mithelfen muß, eine verzweifelte Nation zur Unterwerfung unter den Willen der Alliierten zu zwingen, bei Amerika. Es geht auch nicht an, dies für eine Angelegenheit zu erklären, die nur einige wenige Bankiers angeht. Das amerikanische Volk als Ganzes ist dafür verantwortlich, nicht nur weil viele Amerikaner ihr Geld in der für Deutschland bestimmten Anleihe anlegen werden, sondern weil ganz Amerika in eine neue Etappe seiner internationalen Beziehungen eingetreten ist.

So wirkt schließlich der Dawes-Bericht die Frage auf: Ist das amerikanische Volk, wenn sich einseitig die Regierung zu „drücken“ sucht, bereit, die Verantwortung für das Leben und das Glück von 60 Millionen Menschen eines europäischen Volkes auf sich zu nehmen? Willen die Vereinigten Staaten das tun, getragen von jenen Idealen des Völkervertriedens, der Verständigung und der Menschlichkeit, die sie seit ihrer Entstehung nicht aufgegeben haben zu vertreten? Oder bedeutet der Dawes-Plan, daß sie in eine neue Epoche ihrer Geschichte eingetreten sind, in der sie im Geiste einer kalten geschäftsmäßigen Ausbeutung und Unterdrückung ihre Kontrolle über einen immer größeren Teil der Welt auszuüben sich be-treben?

Auch das Sanktionsgebiet muß frei werden!

Düsseldorf, 5. Juli. (W.) Stadtverwaltung, Industrie und Handelskammer, sowie die Wirtschaftsverbände Düsseldorfs haben an den Reichsminister Dr. Stresemann folgende Rundgebung gerichtet:

„Die Stadtverwaltung, Industrie- und Handelskammer von Düsseldorf, sowie die Wirtschaftsverbände untertun das Ergehen der Niederrheinischen Industrie und Handelskammer Duisburg, daß bei dem etwaigen Vertragsabschluss auf Grund des Sachverständigen-Gutachtens gleichmäßige Behandlung des sogenannten Sanktionsgebietes mit dem Ruhrgebiet unbedingt sicherzustellen wird, damit die endgültige Befreiung von der Besatzung gewährleistet werde.“

Für die Stadtverwaltung gen. Lehr. für die Industrie- und Handelskammer und Wirtschaftsverbände Kommerzienrat Bönsen.

Optimistische Auffassung in Rom.

Rom, 5. Juli. In den Kreisen, die in kühner Fühlungnahme mit der „Confutia“ stehen, wird die Stellung Deutschlands auf der Londoner Konferenz als aunkta eingeschätzt, wenn Deutschland auf einem rein juristischen Standpunkt bestehen bleibt. Poincaré habe stets den juristischen Charakter der Ruhrbesetzung betont als Mittel, um Pfänder zu bekommen, nachdem Deutschland seine Verpflichtungen nicht erfüllt habe. Das Dawes-Gutachten enthalte neue Pfänder und Sicherheiten, die die Alliierten angenommen hätten und denen Deutschland zugestimmt habe. Damit sei eine neue Situation geschaffen, die juristisch beide Teile binde und die die Aufgabe der Pfänder und Sicherheiten, wie sie die Ruhrbesetzung bewachte, bedingt. In fernem der Versailles Vertrag besondere Sicherheiten für Frankreich nicht vorgesehen habe, könne das Programm der Londoner Konferenz auch nicht die von Frankreich gewünschten Friedenssicherheiten einschließen, wenn man nicht zu einer Revision des Versailles Vertrages kommen wolle, der sich Frankreich stets widersetzt habe.

Die Reform der französischen Miliz.

Rom, 5. Juli. Der „Messagero“ will wissen, daß die Reform der nationalen Miliz in folgenden Punkten bestehen soll:

1. Der Treueid soll der gleiche wie beim Heere sein.

2. Der nationalen Miliz soll die Ausbildung der Jugendwehren übertragen werden und

3. soll sie sich zum Teil selbst von Reformer-maßnahmen bilden, welche rasch mobilisierbar und verwendbar sind, und schließlich sollen die Offizierscadres der Miliz neu durchgesehen werden und zwar hauptsächlich mit Rücksicht auf den Rang, den die jetzigen Milizoffiziere früher im Heere hatten. Letzterer Punkt ist auch der kritischste, denn es gibt in der Miliz Generale, die im Heere nur Leutnant oder Hauptmann gewesen sind.

Deutsches Reich

Jarres darf zurückkehren.

Duisburg, 5. Juli. Dem ausgewiesenen Oberbürgermeister und jetzigen Reichsminister des Innern Dr. Jarres ist die Rückkehr nach Duisburg gestattet worden. Da Dr. Jarres wiederholt zum Ausdruck gebracht hat, daß er Wert darauf legt, den Duisburger Oberbürgermeisterposten zu behalten, rechnet man hier damit, daß er in absehbarer Zeit diesen Posten wieder übernehmen wird.

Die deutschen Gefangenen in Pfälzer Gefängnissen.

Zweibrücken, 5. Juli. Von den 44 deutschen Gefangenen, die aus Gefängnissen in Frankreich in das franz. Militärgefängnis in Zweibrücken überführt wurden, sind 13 zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt. Die Gesamtstrafe der übrigen 31 Gefangenen beträgt 280 Jahre Zwangsarbeit und Zuchthaus und 97 Jahre Gefängnis. Die höchste Strafe ist 30 Jahre Zwangsarbeit, die niedrigste 5 Jahre Zuchthaus. Die Verurteilungen sind während des passiven Widerstandes erfolgt, bis auf eine, die erst am 24. 1. 24 ausgesprochen wurde. Die Beschuldigung lautet bei den meisten der Verurteilten auf Sabotage, Sabotageversuch und Spionage, ein bei dem franz. Kriegsgericht bekanntlich sehr weitgefäher juristischer Begriff.

Am Baden befindet sich unter den Gefangenen der Lehrer Rudolf Scherer aus Achern.

Dr. Lufher in Essen.

Essen, 5. Juli. Gestern fand hier eine Besprechung im Rathaus zwischen Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung und Oberbürgermeister Dr. Lufher statt. Dieser erklärte im Verlaufe dieser Besprechung seinen Rücktritt von seinem Amt als Oberbürgermeister von Essen und legte gleichzeitig die Gründe dar, die ihn zu diesem Schritt veranlassen.

Urteilsverkündung im Graff-Prozess am Dienstag.

Stettin, 5. Juli. Im Graff-Prozess plädierte der Verteidiger Mayer für Laws und Engeler auf Freispruch, für Schwirrat auf Freispruch. Nach Entgegnung des Generalstaatsanwalts wurde die Sitzung am Montag verlagert. Die Urteilsverkündung ist am Dienstag zu erwarten.

Ein „Begnädigung“ im Düsseldorf Schupoprozess.

Düsseldorf, 5. Juli. Der im Düsseldorf Schupoprozess zu fünf Jahren Gefängnis verurteilte Oberleutnant J. Hübner ist aus dem Gefängnis von Zweibrücken entlassen worden. Von den Angehörigen dieses Prozesses befinden sich noch in Haft: Hauptmann Pohl und Oberwachmeister Berger. Pohl war bekanntlich zu fünf Jahren Zuchthaus und Berger zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt worden.

Matthes in Ungnade gefallen.

Bonn, 4. Juli. (Eig. Drahtber.) Die „Abend-Zeitung“ meldet aus Düsseldorf: In einer frühmorgens Sitzung des Rumpfbereichsausschusses des Sonderbündlerischen Rheinisch-Westfälischen Volksbundes wurde gestern Matthes, der Gründer und bisherige Leiter dieses Bundes, ausgeschlossen.

Berschiedene Meldungen

Um die Freilassung der Ruhrgefangenen.

Paris, 5. Juli. Der deutsche Botschafter in Paris hat sich gestern mit der französischen Regierung in Verbindung gesetzt, um die Freilassung der Ruhrgefangenen zu erwirken, da auf diese ganz zweifellos auch die Erlaubnis zur Rückkehr zutrifft. Die französische Regierung hat darauf hingewiesen, daß sie deswegen erst mit dem Oberkommissariat in Koblenz, sowie mit General Degoutte in Verbindung treten müsse.

Bekämpfung der Teuerung in Frankreich.

Paris, 4. Juli. Die Regierung hat eine ständige interministerielle Kommission eingesetzt, die die Maßnahmen zur Bekämpfung der Teuerung beraten soll. Die Kommission wird Anfang kommender Woche zu ihrer ersten Sitzung zusammentreten.

Die vorzeitige Veröffentlichung des englischen Memorandums.

London, 5. Juli. Es wird mitgeteilt, daß eine Untersuchung eröffnet werden soll, um festzustellen, wie es geschehen konnte, daß eine Inhaltsangabe des englischen Memorandums, das gleichzeitig mit der Einladung der britischen Regierung in den alliierten Hauptstädten überreicht wurde, zu gleicher Zeit im „Echo de Paris“, im „Petit Journal“ und einer offiziellen Agentur (Havas) veröffentlicht werden konnte.

Rücktrittsabsichten des Staatssekretärs Hughes?

Paris, 4. Juli. Der „Newport Herald“ berichtet aus Washington, kürzlich sei das Gerücht verbreitet worden, Präsident Coolidge hätte einem fortschrittlichen Senator erklärt, er stehe in Meinungen verschiedenheiten mit Staatssekretär Hughes hinsichtlich der Politik gegen Rußland und er würde mit den Sowjets verhandeln, wenn die Republikanische Partei wieder ans Ruder kommen sollte. Das Weiße Haus dementiert allerdings, daß Präsident Coolidge für den Fall seiner Wiederwahl zu einer Veränderung der amerikanischen Politik entschlossen sei. Nichtsdestoweniger aber verlautet, daß die fortschrittlichen Republikaner auf einer solchen Veränderung der Politik gegenüber Rußland beständen und daß man darum verheißt, daß der Präsident hinsichtlich Rußlands nicht der gleichen Meinung wie Staatssekretär Hughes sei. Es sei deshalb das Gerücht aufkommen, daß der Staatssekretär nach den Wahlen zurücktreten werde. Das sei im Augenblick glaubhafter als früher, weil das Prestige des Staatssekretärs, so behaupten manigfaltig die Fortschrittler, durch die ungeschickte Verhandlung der japanischen Auswanderungsfrage gelitten und sich durch den kürzlichen Affront Chinäs nicht gebessert habe.

Die ungarische Anleihe.

Paris, 4. Juli. Nach einer Havasmeldung aus New York ist der von Amerika übernommene Abschluß der ungarischen Anleihe vollständig abgeschlossen.

Stockholm, 5. Juli. (W.) Der auf Schweden entfallende Teil der ungarischen Anleihe ist übergeben worden.

Die italienisch-jugoslawischen Grenz-zwischenfälle.

Wien, 5. Juli. (W.) Nach einer Meldung der „Neuen Freien Presse“ aus Belgrad ist die jugoslawische Kommission, die die letzten Grenzzwischenfälle untersuchen soll, beim Eintreffen in dem fraglichen Grenzabschnitt von italienischen Patrouillen beschloffen worden.

Deutsche Missionare für Indien.

London, 4. Juli. Die „Morning Post“ meldet aus Bombay, daß die englische Regierung aus Erwägung der südbindischen vereinigten Kirchen drei deutschen Missionaren, einschließlich einer Frau, gestattet habe, sich nach Malabar zu begeben und dort im Dienste religiöser Arbeit zu bleiben.

Die Begutachtung von Handschriften als exakte Wissenschaft.

Von Dr. Alfred Gradenwisch.

Nicht davon, daß die Handschrift auf den Charakter der Schreibers weitgehende Schlüsse zuläßt, nicht von den Methoden der Graphologie, sondern lediglich von der Feststellung der Person des Schreibers soll hier die Rede sein.

Kamenlich der gerichtliche Sachverständige hat ja, wenn der Verdacht einer Nachahmung vorliegt, häufig über die Echtheit oder Unechtheit einer Schrift zu entscheiden, und ebenso steht er umgekehrt gar oft vor der Aufgabe, absichtlich verstellte Schriften auf ihren wahren Urheber zurückzuführen.

Daß sich beide Aufgaben nicht nur mit gewisser Annäherung durch mehr oder weniger geistreiche Schlussfolgerungen, sondern durch rein mathematische Messungen und mit der für solche charakteristischen Exaktheit lösen lassen, hat der bekannte Handchriftenkundige Wilhelm Langenbruch in Groß-Viktorsfeld bewiesen. Ihm waren schon vor Jahren gewisse Regelmäßigkeiten, die stetige Wiederkehr gewisser Mißverhältnisse und Proportionen, aufgefallen, und er hatte darin nicht das Walten des Zufalls, sondern das Vorhandensein einer tieferen Gesetzmäßigkeit vermutet. Eingehende Messungen und Untersuchungen bestätigten diese Annahme und zeigten, daß gewisse Verbindungsstellen bei den Schriftzügen derselben Schreibers, und wenn er seine Schrift noch so sehr verstellen wollte, stets gleiche Länge behalten bzw. sich stets im selben Verhältnis ändern. Bald gelang es ihm, aus der außerordentlich großen Anzahl möglicher Verbindungsstellen die für die Messung geeigneten herauszufinden und auf diese Weise den Grund zu einem praktisch verwendbaren Prüfverfahren zu legen.

Freilich handelt es sich hierbei nicht um absolute Konstanten sämtlicher Verhältnisse. Wirft doch schon die augenblickliche Stimmung auf die Form der Handschrift verändernd ein. Aber diese aufweisende Funktion spielt sich stets im Rahmen einer alles beherrschenden höheren Konstante ab, ist gemissermaßen dem persönlichen Rhythmus des Schreibers unterworfen. Ob die-

ser mit der rechten oder linken Hand schreibt, ob er gar Fuß oder Mund zum Halten von Griffel und Feder benutzt, ob er lateinische oder deutsche Schrift und ein andermal anstelle der üblichen Kurzwörter die Buchstaben der Druckschrift wählt, ist für das Ergebnis des Versuches durchaus gleichgültig. So verschieden die einzelnen Schriften untereinander auch sein mögen, ihnen allen liegt doch der gleiche persönliche Rhythmus zugrunde, und sie alle weisen daher in den Verbindungsstellen der einzelnen Schriftzüge stets dieselben gleichbleibenden Proportionen auf. Ja, auch das Material des Schreibgeräts spielt keine ausschlaggebende Rolle, denn die mit dem Pinsel angezeichnete Unterstrich des Malers läßt sich mit derselben Sicherheit wie ein Federstrich zur Identifizierung der Person (und damit zur Prüfung der Echtheit von Bildern) benutzen.

Langenbruch verwendet bei seinen Messungen einen Proportionszirkel, d. h. einen doppelseitigen Zirkel, dessen gegenseitigen Längenverhältnisse sich durch Verstellen der Schraube beliebig ändern lassen. Die Schriften werden, um genaue Messungen zu ermöglichen, bedeutend vergrößert und eventuell auf eine Fläche von einem Quadratmeter projiziert.

Noch interessanter aber als die bloße Möglichkeit einer Identifizierung von Handschriften ist der Umstand, daß nicht nur die einzelnen Worte, sondern auch jedes einzelne Schriftzeichen bei genügender Vergrößerung dieselben Gesetzmäßigkeiten aufweist, das in gleicher Weise den Stempel der Persönlichkeit trägt. Ja, schon die drei Kreuze, die dem Schreibkundigen die Unterstrich erkennen lassen, sind in ganz gleicher Weise prägen und zeigen dieselben für die Person absolut charakteristischen Gesetzmäßigkeiten. Jede Zeichnung, jedes sonstige Produkt der bildenden Kunst weist in allen seinen Teilen dieselben für den persönlichen Rhythmus charakteristischen Gesetzmäßigkeiten auf. Ja, das einfachste geometrische Gebilde, je ein Punkt links und rechts von der Mittellinie, ist in sich so genau bestimmt, daß es zur Feststellung der Identität dienen kann. Die Formen eines Hühneres, die Umrisse eines Baumblattes, sind für den Ursprung charakteristisch, und die Ausmessung mit dem Langenbruchschen Zirkel zeigt, ob es sich um den gleichen Baum, dasselbe Huhn usw. handelt.

In allen Bewegungen, allen Körperformen und im Verlauf des physischen sowie des Gemütslebens äußert sich stets der gleiche persönliche Rhythmus, für den literarischen Stil ist er ebenmäßig maßgebend wie für die Handschrift, und kein sichereres Mittel gibt es zur Identifizierung der Person als diesen alle Lebensäußerungen beherrschenden Rhythmus des Einzelnen.

Theater und Musik

Sommeroperette im Karlsruher Konzerthaus. Nicht ganz ohne Einfluß ist, daß sich schon bei dem zweiten Besuch das Ohr und sonstige in Betracht kommende Organe auf die Gattung eingestellt haben. Wesentlicher jedoch, daß die als zweite Neuheit gegebene Operette „Mädi“ in Schmitz und Riß weit besser geraten ist als die amiespaltige „Spitzentönnlein“.

Das Wert von Grünwald und Stein mit Musik von Robert Stolz will nicht mehr scheitern als sein, es bekennt sich unbedürftig zu seiner ausgesprochenen Aufgabe, das ist: ohne leaktische Beschöner und Ehrgeizerei zu unterhalten. Lediglich am Schluß des zweiten Aktes will sich eine pseudo-ernste, angeblanzte „große“ Liebesweife hervormagen; sie wird glücklicherweise von dem folgenden köstlichen Luffin und Schabernack schnell überdient. Die Musik ist gewiß noch anspruchsvoller in Erfindung und Ursprünglichkeit, doch der Witz der Handlung ist härter und eben operettenmäßig. Und der entsetzliche! (Es sei denn, daß eine Musik überaus edel; eine solche vermag natürlich selbst eine Logarithmentafel zu frühlichem Leben zu bringen.)

Mädi verheiratet sich auf vier Wochen mit den Grafen Anatol (unter einem Grafen ist scheint auch in der glorreichsten Republik nichts zu machen, und der Name Anatol ist von vorneherein zum bestimmten amourosen Charakter geeignet), um ihrem Freund das Erbe einer geschiedenen Zante zu verschaffen. Diese wohl recht leidetfähre Dame will den Reffen Arifid (ein Baron, wenn auch sonst sehr unbe-gabt) nur an eine geschiedene Frau verheiratet wissen. Es kommt, wie es kommen mußte, Aus der Scheinliche wächst die wahre Liebe. Der Baron und weiland Bräutigam fährt im Schlaf-

wagen, dem Zuge seines Herzens folgend, einer neuen Liebe ohne Ring entgegen, während Mädi und Anatol, nun sagen wir einmal, die Konsequenzen der Ehe ziehen und sich richtig verhalten. Uebrigens auch in dem „train de l'amour“. Und wenn der Rivieraeppre noch nicht in Nizza angekommen ist, so fahren sie heute noch... Wenn man die Ueberlässigkeit einer kritischen Besprechung verüben wollte, könnte man sagen, daß es unnötig war, die Scheinliche als schon von vorneherein von Mädi eingefädelt hinzustellen. Der Witz wird hiermit nicht gehöhlt, sondern sogar gemindert. Das Verhalten von Mädi zu Arifid wird nämlich dadurch selbst in der Operette unnatürlich oder doch zu unheimlich. Doch es sei wie dem wolle; die Geschichte hat Witz, auch in einzelnen Wendungen. Die Szene bringt Annehmlichkeit genug, nämlich ein Winterportbild und schließlich den erwähnten Schlafwagen. Wir wollen als wirklich unangenehm, weil wahrhaftig selbst verdächtig, nicht an der erheblichen Freiheit des Schlusscouplets der Los und des Arifid mädeln, aber der Direktor Stieffer möchte doch den Stiff an jenen beiden Stellen aufheben, wo der Baron auf die Arnie stinkt und „betet“. Der Herrgott wollen wir bei der Operette lieber ganz aus dem Spiel lassen. Oder nicht?

Deshalb es bei allzuvielen Künstlern im Singen nicht hervorragend bestellt ist, war doch die Aufführung dank einer übermäßigen Gesamtlautstärke und einer ganz famolen, insbesondere herrlichen und kostümlichen Aufmachung vorzüglich; sie war keinen Augenblick langweilig und hatte damit ihre Hauptforderung erfüllt. Das von Eugen Müll wohlkultierte Orchester tat seine Sache tüchtig und gut, der Chor, die Damen im Winterdreh wirklich hübsch, genigte durchaus. Ethel Stieffer gelang die Rolle der Mädi besonders im schalkhaften Spiel und in der mädchenhaften Koketterie ganz vorzüglich, ihre Partner Edgar Wiese n dange r als (Anatol) und Fritz Steidl als Arifid) sangen und tanzten flott und witzig. Fr. Solm als Operettenmäuschen gewann von Akt zu Akt an Wirkung und Reize und so weiter. Der Besuch darf empfohlen werden. —

Arbeitsgerichte.

Von Staatsanwaltschaftsrat Dr. Quentin.

Seit Jahren bereits schweben Erwägungen darüber, ob für die aus Arbeitsverhältnissen sich ergebenden Streitigkeiten besondere „Arbeitsgerichte“ zu schaffen sein werden...

Eine Teilung der Frage hat Artikel 2 der Verordnung über das Schlichtungsverfahren mit den dazu gehörigen Ausführungsbestimmungen gebracht. Durch sie sind die Entlassungsstreitigkeiten aus dem Betriebsrätegesetz und einige weitere Angelegenheiten den kommunalen Gewerbe- und Kaufmannsgerichten überwiesen...

Es scheint demnach so, als wolle man die Arbeitsgerichtsbarkeit den ordentlichen Gerichten allmählich ganz abnehmen und sie auf den Weg der Sondergerichtsbarkeit verweisen.

Wegen die Beschränkung dieses Weges sprechen gewichtige Gründe, die bei der außerordentlichen Bedeutung der Frage eine unbefangene Prüfung und Erörterung zur gebieterischen Pflicht machen.

Man spricht so viel von der „Weltfremdheit“ der Gerichte. Sie wird sicher nicht geringer, wenn man den ordentlichen Gerichten einen wichtigen Arbeitszweig nach dem andern abnimmt und sie so künftig von frisch sprudelnder Quelle deutschen Wirtschaftslebens abschneidet.

Von größter Bedeutung ist ein anderer Gesichtspunkt. Gerade Arbeitsstreitigkeiten mit ihren vielfachen Beeinflussungen durch politische Belange müssen vor Gerichte kommen, die in jeder Beziehung Gewähr dafür bieten, daß unbeeinträchtigt von Tageskämpfen und politischen Meinungen ihr Rechtsspruch sich nur auf nichtern Tatsachen und unparteiischer Rechtsfindung aufbaut.

Diese Erwägungen haben denn auch dazu geführt, daß ein Gesetzentwurf von 1921 die Arbeitsgerichte in die ordentlichen Gerichte eingliedern wollte, während ein weiterer Entwurf von 1923 diesem Gedanken nicht mehr so bestimmt Raum gibt, wenn er als Vorkämpfer der Arbeitsgerichte nur noch in der Regel ordentliche Richter ins Auge faßt, und die Arbeitsgerichte als Sondergerichte, aber bei den Amtsgerichten, entstehen lassen will.

Die Stellung der Deffinitivität zu der Frage ist je nach der politischen Richtung der Beteiligten verschieden. Während beispielsweise der christlich-nationalen Deutschen Gewerkschaftsbund sich gegen politische Beeinflussung der Arbeitsgerichte ausspricht, ist der sozialistische Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund scharf gegen die Umwandlung der Arbeitsgerichtsbarkeit in die ordentlichen Gerichte aufgetreten.

Nicht uninteressant dürfte in diesem Zusammenhang die Stellungnahme des früheren sozialdemokratischen Reichsjustizministers Dr. Rabbrink sein. Er hat am 21. Februar 1922 erklärt: „Die Umwandlung der Arbeitsgerichte würde das Todesurteil über unsere ordentliche Justiz bedeuten. Unsere ordentliche Justiz würde zu einer Klassenjustiz in einem freilich anderen Sinne herabstufen. Ihr würde alle soziale Justiz abgenommen sein, und es bliebe nur noch die Bourgeoisjustiz über kapitalistische Rechtsstreitigkeiten übrig.“

Nur derjenige kann die Ausgliederung aus der ordentlichen Justiz wünschen, der die ordentlichen Gerichte für Ruinen hält, nur noch bestimmt, Steine daraus zu brechen zu einem künftigen Neubau, der daneben aufzurichten wäre, selbst aber bestimmt, aus einer Ruine ein bloßer Trümmerhaufen zu werden.“

Daß den Wünschen nach vollständiger Bestattung Rechnung getragen werden kann, indem, wie bei den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten, Weisung aus dem Kreise der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in dem bei jenen Gerichten üblichen Wahlverfahren herangezogen werden, ist selbstverständlich und hat mit der Hauptfrage nichts zu tun.

Auch finanzielle Gründe dürften für die hier befürwortete Regelung sprechen, weil bei Eingliederung der Arbeitsgerichte Mehrkosten nicht entstehen werden, während die Schaffung von Sondergerichten, wenigstens in größeren Kommunen, in denen die Vorarbeiten der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte nicht auch noch die Arbeitsgerichtsbarkeit werden übernehmen können, dies nicht zu vermeiden sein wird.

Badische Politik

Forderungen der Berufsbeamten bei der Reichsbahn.

Vom Gewerkschaftsbund deutscher Reichsbahnbeamten wird uns geschrieben: Der im Gegenzug zur ganz im Arbeiterfaßbaren schwimmenden Reichsgewerkschaft neugebildete Gewerkschaftsbund d. Reichsbahnbeamten hat in einer Eingabe an das Reichsverkehrsministerium die Forderungen der auf streng parteipolitischem neutralem Boden stehenden Reichsbahnbeamten in 11 Punkten zusammengefaßt. Diese Punkte enthalten ohne agitatorische Tendenz alles Wesentliche, was das beamtete Personal bei deren Umwandlung in eine Aktiengesellschaft zum Schutze seiner wohl erworbenen Rechte und im Interesse der Förderung des Betriebes besonders am Herzen liegt.

ten gemischte oder Arbeiterzielen nachstrebende Organisation. Die Forderungen des Gewerkschaftsbundes deutscher Reichsbahnbeamten lauten:

- 1. Das Berufsbeamtenamt, insbesondere die unföhrbare Anstellung, muß unangetastet erhalten bleiben. Die Eisenbahnbeamten müssen unmitttelbare Reichsbeamte bleiben und für den Dienst bei der Aktiengesellschaft unter Belassung in ihrem bisherigen Beamtenverhältnis ohne Gehalt beurlaubt werden. 2. Das Recht muß für die erworbenen Ansprüche der Beamten in der gleichen Weise sichergestellt werden, wie es das Sachverständigengutachten bezüglich der Zahlung der Obligationsszinsen festlegt. 3. Die Rechtsverhältnisse der Beamten sind durch ein besonderes innerdeutsches Gesetz, das gleichzeitig mit dem die Uebertragung der Reichsbahnen an die Aktiengesellschaft regelnden Hauptgesetz zu verabschieden ist zu regeln. 4. Die Aktiengesellschaft ist gesetzlich zu verpflichten, die vorhandenen Eisenbahnbeamten und deren Anwärter, die überreten wollen, unter Wahrung ihrer bisherigen Anstellung und Beförderung zu übernehmen. 5. Die Einkommensverhältnisse der überretenden Beamten und ihrer Anwärter dürfen zum mindesten nicht schlechter gestellt werden, als die der Reichsbeamten. 6. Bei der künftigen Einkommensregelung ist der größeren Verantwortung, Abnutzung und Gefährdung der Eisenbahnbeamten in höherem Grade als bisher Rechnung zu tragen. 7. Die Versorgungsansprüche der Eisenbahnbeamten und ihrer Hinterbliebenen sind in derselben Weise zu sichern, wie die Ansprüche der aktiven Beamten. (Vgl. Ziffer 2.) Die gesetzlich festzulegende Berechnungsweise der Versorgungsansprüche darf nicht ungünstiger gestaltet werden, als die der Reichsbeamten. 8. Die Aktiengesellschaft ist gesetzlich zu verpflichten, die sozialen Bestimmungen (Arbeitszeit, Urlaub usw.) mindestens entsprechend denen des unmittelbaren Reichsdienstes zu regeln. 9. Die Aktiengesellschaft ist gesetzlich zu verpflichten, den überretenden die bestehenden Wohlfahrtsvereine und Amtsvereinigungen zu erhalten. 10. Bei der Aktiengesellschaft müssen Beamtenvertretungen geschaffen werden, die gegenüber den örtlichen, bezirkslichen und zentralen Organen der Gesellschaft eine ausreichende Mitwirkung der Beamenschaft bei der Regelung ihrer Angelegenheiten gewährleistet. 11. Die Aktiengesellschaft ist zu verpflichten, durch Erhaltung und Ausbau der Bildungsanstalten dafür zu sorgen, daß die Eisenbahnbeamten durch Erhaltung ihres Niveaus nach wie vor zu Höchstleistungen befähigt bleibt.

Aus Baden

Lohnbewegung in der chemischen Industrie.

Karlsruhe, 4. Juli. Vor dem Landespräsidenten in Karlsruhe fanden gestern die Verhandlungen über die von den Arbeitnehmern der Kartlgenossenschaft der chemischen Industrie, Sektion VI (Baden und Pfalz) beantragten Lohnerhöhung statt. Die Forderungen der Arbeitnehmer wurden zurückgewiesen.

* = Pforzheim, 5. Juli. Der Bürgerausschuß hat sich in seiner gestrigen Sitzung mit einer Reihe von Geländeankäufen befaßt. Schon in den letzten Sitzungen waren jeweils mehrere Geländeankäufe zu behandeln, deren Verkäufer heute waren, die beim Erstellen von Neubauten infolge der Kreditnot gezwungen waren, das zum Weiterbau erforderliche Kapital sich durch Geländeverkauf zu beschaffen. Die Stadt macht dabei, da sie wertvolles Gelände zu billigen Preisen erhält, ein gutes Geschäft. Auch in der gestrigen Bürgerausschusssitzung handelte es sich bei 4 aller Vorlagen um solche Fälle. Dabei trat der verhältnismäßig seltene Fall ein, daß bei einem derartigen Kaufangebot, wo sich der Verkäufer das Vorkaufrecht vorbehalten wollte, ein sozialdemokratischer Antrag, der sich der Konsequenzen halber dagegen wendete, mit einer Mehrheit aus Sozialdemokraten, Kommunisten, Liberalen, Deutschenationalen und einigen Zentrumstimmen gegen Demokraten, Mittelstand und den Rest des Zentrums angenommen wurde.

Mannheim, 5. Juli. Bei der viertägigen Vorschlagsberatung im Bürgerausschuß kam es zu einer scharfen Debatte zwischen der sozialdemokratischen Fraktion, dem Übergangsminister Rüber und den rechtsgerichteten Fraktionen. Bei der Beratung des Etats der Mittelschulen nahm der Stadtverordnete Rechtsanwalt Dr. Fischer Gelegenheit, Kritik zu üben an dem Hafenzugange in den höheren Mannheimer Schulen. Er verlas die mündliche Verordnung gegen den Mißbrauch der Schulen zu politischen Zwecken. Er sprach sich für die Kinder mit dem Abgehen gegen die Staatsverordnung. Die Stadtverordneten, Reichstagsabgeordneter Wed und der demokratische Stadtverordnete Amtsgerichtsdirektor Wolfhardt übten ebenfalls scharfe Kritik an diesem Geleit in den Schulen. Übergangsminister Rüber war über diese Angriffe überrascht und machte darauf aufmerksam, daß in den Vorwürfen eine schwere Anklage gegen Lehrer enthalten sei, die ihre Pflicht verließen. Es ließe aber nur dem Staatsministerium zu, hierüber die Vorwürfe zu prüfen und Maßnahmen zu treffen. Der Bürgerausschuß könne nur Stellung zu der Angelegenheit nehmen und er selbst mißbillige solche Vorgänge. Von den Sozialdemokraten wurde ein selbständiges Vorgehen angefordert, wenn keine Abhilfe erfolgen sollte.

Mannheim, 4. Juli. Gestern vormittag wurde im Redar, rechts Ufer, oberhalb der Feudenheimer Fähre die Leiche des 25 Jahre alten Tagelöhners Robert Steigerwald aus Seinfurt, der dort beim Baden ertrunken ist, geborgen und auf den Feudenheimer Friedhof gebracht. Ferner wurde gestern abend am Wellentrappe die Leiche des am 27. v. Mis. dort beim Baden ertrunkenen 20 Jahre alten Kaufmannes Josef Spielers von hier geborgen und nach der Leichenhalle des hiesigen Friedhofes gebracht.

Weinheim, 5. Juli. Zwischen Lampertheim und Wernheim wurde ein älterer Mann beim Ueberqueren des Bahndalles überfahren und sofort getötet. — Beim Kirchenbrechen kürzte der Lehrer Weis in Wensheim von dem hohen Baum ab und erlitt schwere innere Verletzungen.

a. Weinheim, 5. Juli. Der im 86. Lebensjahre verstorbene Kommerzienrat Georg Hildebrand wurde am Freitag nachmittag zur ewigen Ruhe bestattet. Ein gewaltiges Trauergefolge gab dem Verbliebenen das Ehrengeläch. Am offenen Grabe hielten unter Niederlegung von Kränzen mit Widmungsschleifen Traueransprachen u. a. Geh. Kommerzienrat Krümann-Mannheim namens der süddeutschen Mühlenindustrie, Direktor Beck namens der Porzellanwerke Weinheim-Schriesheim und die Vertreter zahlreicher Ortsvereine. Der Singverein Weinheim 1842 sang das Lied „Da unten ist's Frieden“.

Gernsbach (Murgtal), 5. Juli. Der Turnverein Gernsbach begeht in diesen Tagen die Feier seines 75jährigen Bestehens.

Baden-Baden, 5. Juli. Am Sonntag, den 6. d. Mis., findet hier im großen Rathausaal die Bundestagung des Bezirkes Baden des Allgemeinen freien Angestelltenbundes statt.

Donauwörth, 5. Juli. Vom 2. bis 3. August findet hier der 112er-Tag, verbunden mit Denkmalweiheung, statt.

Martdorf, 5. Juli. Am Dienstag mittag schlich sich ein Einbrecher in das Haus des Wäckermeisters Fischbach und plünderte im Wohnzimmer des zweiten Stockes eine Geldkassette aus. Dabei entfielen ihm in der Eile einige Silberstücke, die zu seiner Entdeckung und Ergreifung führten. Im Zimmer nebenan ruhte nämlich die Frau des Hauses etwas von der Arbeit aus, und durch das Geräusch der fallenden Geldstücke aufmerksam gemacht, ging sie in die Wohnstube hinüber, wo sie von dem Einbrecher an die Wand geschleudert wurde. Darauf ergriff der Dieb die Flucht. Durch die Hilferufe der Frau herbeigerufen, eilte jedoch Wäckermeister Fischbach mit seinen Gehilfen und einigen Nachbarn dem Verbrecher nach, der schließlich auch in der Nähe des Bahnhofes festgenommen werden konnte. Das Geld, 110 Mark, fand sich allerdings nicht mehr bei ihm vor. Später wurde noch eine zweifelhafte Frauensperson verhaftet, die seine Gefährtin und Gehilfin ist.

Aus dem Hanauerland, 5. Juli. Die Denernte im Hanauerland, die nahezu beendet ist, hat einen zufriedenstellenden Ertrag gebracht. Jetzt wird es Zeit, den Raps zu schneiden, der ebenfalls eine schöne Ernte verspricht. Der Tabak ist in gutem Stande, das feuchtwarmer Wetter hat sein Wachstum sehr gefördert; nasse Felder hatten unter Ungezieferfraß zu leiden. Auch die Kornernie wird bald einsehen; auf manchen Aedern beginnt die Frucht schon zu bleiben. Die Hackfrüchte stehen gut. Leider hört man schon wieder von Kartoffelverfäulnissen, obwohl die Früchte noch gar nicht reif sind.

Singen, 5. Juli. Nach jahrelanger Vorbereitung soll nun der Umbau des Bahnhofes vor sich gehen. Die schon oft von verschiedenen Seiten betont wurde, genüge der Bahnhof seit Jahren den betriebs- und verkehrsbetrieblichen Anforderungen nicht mehr, zumal er seit Kriegsende als Grenzbahnhof für den Verkehr nach der Schweiz und Italien eine große Bedeutung erlangt hat. Die ungenügenden Anlagen haben schon zu mehreren Unglücksfällen geführt, die sich hoffentlich nach der Neuanlage nicht mehr wiederholen werden.

Willingen (Württemberg), 5. Juli. Dolkenbruchartige Reue verurteilte wiederum eine Hebereschewe in der unteren Stadt. Die Markthalle gleich einem Fluß, dessen Wassermassen in die Keller und tiefer gelegenen Lokalitäten eindringen und Schäden an lagernden Waren anrichten.

Waldmühlbach, 5. Juli. Der Arbeiter Diehl von Maulbach wollte in der Anilinfabrik zwischen zwei Wagons durchgehen. In demselben Augenblick wurde aber von anderen Arbeitern ein Wagen auf die zwei lebenden Wagen abgehoben, sodaß Diehl zwischen die Puffer geriet. Es wurde ihm der linke Oberschenkel geneckt.

Namberg, 5. Juli. Der Landwirt Jakob Dertig von hier fiel von seiner Tenne und zog sich infolge des Sturzes so schwere äußerliche und innere Verletzungen zu, daß er bald darauf starb.

Worms, 4. Juli. Vorgestern abend sprang auf bis jetzt unauflösbare Weise zwischen Brunnenhilden- und Maeyer-Brücke ein mit Reiten besetzter Wagen dritter Klasse aus den Geleisen, der aber über die Schienen geschoben und beschädigt wurde. Menschenleben sind dabei nicht zu Schaden gekommen. Der Materialschaden ist unbedeutend. — Vor kurzem wurde hier ein Film unter dem Namen „Wormser Filmgesellschaft“ gegründet. Zur Zeit finden die ersten Aufnahmen statt, die im Wormser Waldchen vorgenommen wurden.

Konstanz, 5. Juli. Unter der Anklage, in der Nacht vom 19. auf den 20. Februar in Hondingen das an der Hauptstraße gelegene Wohn- und Dekonomiegebäude des Kaufmanns Karl Martin in Mailand, das der Kaufmann Johann Wullig als Pächter bewohnte, angezündet zu haben, hatte sich dieser Tage der 25jährige verheiratete Landwirt Alfred Gehring von Hondingen zu verantworten. Aus der Verhandlung ergab sich, daß schon bei einem früheren Brande im August 1923 der Verhaftete allgemein von seinen Mitbürgern als der Brandstifter angesehen wurde. Er war damals mangels hinreichenden Beweises außer Verfolgung gesetzt worden. Im Februar 1924 brach dann in dem oben erwähnten Gebäude ein Brand aus, der sehr großen Schaden anrichtete. Der Angeklagte leugnet. Obgleich verschiedene Verdachtsmomente vorliegen, wurde Gehring schließlich entlassen dem Antrag des Staats-

anwalts, der auf die höchste Strafe von 15 Jahren Zuchthaus erkannt hatte, vom Gericht mangels hinreichender Beweise freigesprochen.

Aus dem Stadtkreise

Todesfall. Im 82. Lebensjahre ist an den Folgen eines Schlaganfalls Geheimrat Oberbaurat a. D. Hermann Stolz gestorben. Aus Karlsruhe stammend, war der Verstorbene 53 Jahre hindurch im badiischen Staatsdienst tätig, und zwar zunächst im Ausendienst der Wasser- und Straßenbaudirektion und dann etwas über 30 Jahre in der Oberdirektion des Wasser- und Schifffahrtswesens. Als der Entschlafene im Jahre 1919 in den Ruhestand trat, schied mit ihm ein äußerst pflichtgetreuer und kenntnisreicher Beamter aus dem badiischen Staatsdienst aus. Geistige und körperliche Mäßigkeit verlebte die Jahre seines Ruhestandes und seinen Lebensabend.

Neue wichtige Bestimmungen über die Sonntagsfahrarten sind mit sofortiger Wirkung in Kraft getreten. Hiernach ist die bisherige Erhebung eines Zuschlages von 50 Pfennig bei Weiterfahrt über die Reststation der Sonntagsfahrarten hinaus in Wegfall gekommen. 2. Sonntagsfahrarten können von jetzt ab wie andere Fahrarten telegraphisch vorausbestellt werden. 3. Der Uebergang in höhere Klassen ist von jetzt ab gestattet. Bei Berechnung des Preises gelten die Sonntagsfahrarten als gewöhnliche Fahrarten.

Dysergedenktag am 8. August. Die Reichsregierung hat beschlossen, am 8. August eine Gedekntage für die vom deutschen Volk im Weltkrieg abgetragenen Opfer zu veranstalten. Daneben soll auch in diesem Jahre der Verfassungstag am 11. August in der üblichen Weise gefeiert werden.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Bekleidung, Gesundheit) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für den 2. Juli auf das 1,17-fachemfache der Vorkriegszeit. Die Steigerung von 5,4 v. H. gegenüber der Vorwoche (1,11 Billionen) ist auf die Erhöhung der Wohnungsmieten, sowie auf den hohen Preis für Kartoffeln neuer Ernte zurückzuführen, die zum Teil in die Berechnung einbezogen wurden. Für den Durchschnitt des Monats Juni berechnet sich die Reichsindexziffer auf das 1,12-fachemfache; gegenüber dem 1,15-fachemfachen im Durchschnitt des Monats Mai ergibt sich eine Abnahme von 2,6 v. H. Die Ernährungskosten allein betragen im Durchschnitt des Monats Juni das 1,20-fachemfache der Vorkriegszeit.

Selbstmordveruch. Ein 33 Jahre alter verheirateter Schuhmacher vom Stadteil Müppurr veruchte gestern abend in der Weiberfeldstraße sich die Pulsader der linken Hand mit einem Taschenmesser zu öffnen. Der Lebensmüde wurde von Vorübergehenden aufgegriffen und nach der Polizeiwache gebracht, wo man es er, nachdem die Wunde durch einen Arzt genäht war, nach Hause entlassen wurde. Der Grund zur Tat ist in mitleidigen Verhältnissen zu suchen.

Ein Zusammenstoß zwischen einem Personenkraftwagen und einem Motorrad ereignete sich gestern abend in der Baumeisterstraße. Beide Fahrzeuge wurden beschädigt. Personen sind nicht erheblich verletzt.

Veranstaltungen.

Alle Brauerei Köpfer. Eine fröhliche Künstler-schar ist seit 1. Juli in der alten Brauerei-Köpfer, Kaiserstraße 14, an Gast: Arno Stammann, der 11jährige, drollige Humorist und Dirigent der 8 Mann umfassenden Stimmkapelle. Ein höchst interessantes, vielseitiges Programm bietet den Besuchern Unterhaltung. Beginn abends 8 Uhr, am Sonntag findet um 11 Uhr Frühkonzert statt und um 7 Uhr Sonderprogramm statt. (Man beachte die Anzeige.)

Die Lebenslichtspiele werden ab heute: „Die große Niederlage mit dem Vorkriegsroman „Nemur“. Der vierte Teil bringt als Endpunkt die Roberts' Abreise vom Ring, da er sich fortan der Aufgabe, ein guter Ehemann zu sein, widmen will. Dieses Ziel wird allerdings noch im letzten Augenblick durch seine heimliche Untreue bedroht. Doch führt sich alles schließlich zur Zufriedenheit aus und das wahre Glück dieser menschlichen Gestalten entspringt sich als die Aufgabe des modernen Managers Joe, der im letzten Akt auch noch unter die Haube gebracht werden muß. Dieser letzte Teil des Vorkriegsroman ist wiederum reich an humoristischen und poetischen Szenen. Im Programm: „So eine Familie“.

Standesbuchauszüge.

Todesfälle. 4. Juli: Gustav Wiber, Chemann, Chemiker, alt 49 Jahre; Adam Ehlich, Chemann, Privatmann, alt 73 Jahre; Mina Müller, alt 31 Jahre, Ehefrau von Albert Müller, Bahnarbeiter; Karol Kappel, alt 45 Jahre, Ehefrau von Ernst Kappel, Schweinermester; Hermann Stolz, Chemann, Geh. Oberbaurat a. D., alt 81 Jahre. — 5. Juli: Elisabeth Schaefer, alt 87 Jahre, Witwe von Leopold Schaefer, Bahnarbeiter.

Vom Wetter

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe.

Samstag, 5. Juli 1924.

Durch Wärmeeinstrahlung und Föhnwindwirkung stiegen die gestrigen Nachmittagstemperaturen nahe auf 30 Grad an. Dadurch hellten sich gegenüber den über den Nordwestküsten Europas lagernden kühlen Luftmassen sehr starke Temperaturdifferenzen ein, die wieder am Abend zu einem Einbruch von Kaltluftmassen in die heißen, südlicheren Gebiete führten. Auf der Front der „kalten Welle“ kam es überall zu Gewittern und Regenfällen, die heute früh bis zur Ober- und Mitte fortgeschritten sind; weithin dieser Linie ist es überall fühlbar geworden, östlich davon hat sich die Dibe noch verhalten. In Italien ist es sehr heiß (bis 38 Grad schon am Morgen). Bei steigendem Luftdruck tritt zunächst wieder Aufhellung ein.

Wetterausichten für Sonntag, den 6. Juli: Vorübergehend Aufhellung, trocken und rasche Erwärmung. Montag wieder Gewitterregen.

Abenwasserstände morgens 6 Uhr

Table with 3 columns: Location, 5. Juli, 4. Juli. Rows include Schriesheim (3,00 m), Rühl (3,00 m), Neuen (5,00 m), Mannheim (5,19 m).

Gerichtssaal

Konstanz, 5. Juli. Unter der Anklage, in der Nacht vom 19. auf den 20. Februar in Hondingen das an der Hauptstraße gelegene Wohn- und Dekonomiegebäude des Kaufmanns Karl Martin in Mailand, das der Kaufmann Johann Wullig als Pächter bewohnte, angezündet zu haben, hatte sich dieser Tage der 25jährige verheiratete Landwirt Alfred Gehring von Hondingen zu verantworten. Aus der Verhandlung ergab sich, daß schon bei einem früheren Brande im August 1923 der Verhaftete allgemein von seinen Mitbürgern als der Brandstifter angesehen wurde. Er war damals mangels hinreichenden Beweises außer Verfolgung gesetzt worden. Im Februar 1924 brach dann in dem oben erwähnten Gebäude ein Brand aus, der sehr großen Schaden anrichtete. Der Angeklagte leugnet. Obgleich verschiedene Verdachtsmomente vorliegen, wurde Gehring schließlich entlassen dem Antrag des Staats-

